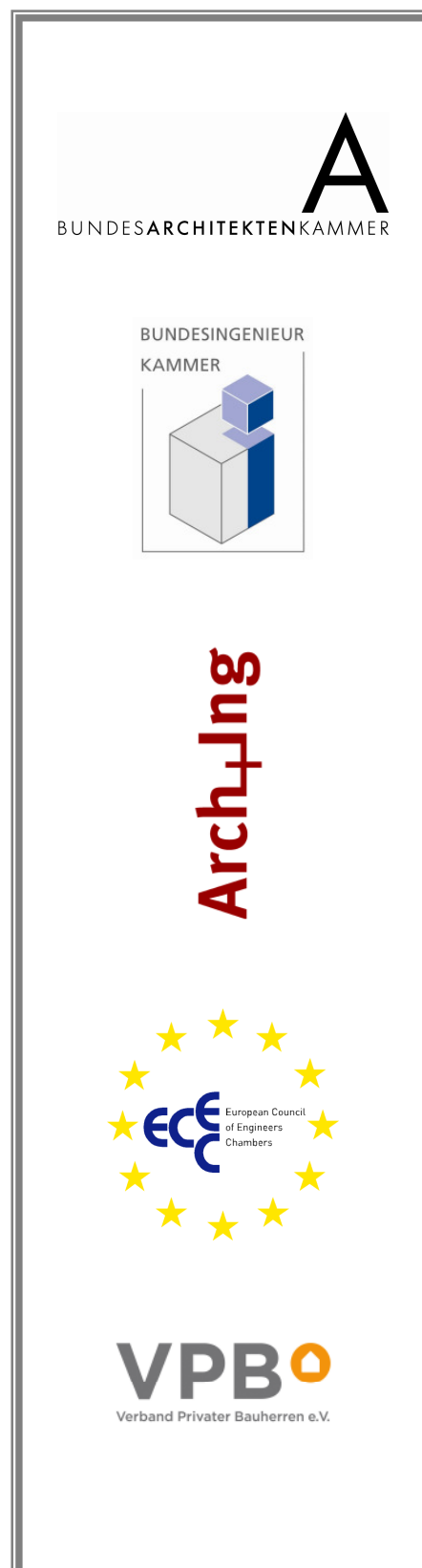


Bericht aus Brüssel 1/2010

Inhaltsverzeichnis

TOP	Inhalt	Seite
1.	<u>BINNENMARKT UND RECHT</u>	2
1.1	Berufsanerkenntnisrichtlinie - Konferenz zur Evaluierung und Erfahrungsberichten zuständiger Behörden	
1.2	Bericht des Europaparlaments zur Bekämpfung des Zahlungsverzugs im Geschäftsverkehr	2
1.3	Sachverständigenanhörung des Europaparlaments zur aktuellen Entwicklung des Vergaberechts	3
1.4	Antidiskriminierungsregeln und Zugang zu Wohnraum	4
2.	<u>ENERGIE, KLIMA UND UMWELT</u>	
2.1	EU hält an ihren vereinbarten Emissionsreduktionszielen fest	4
3.	<u>STADT- UND REGIONALPLANUNG</u>	
3.1	Spanische Ratspräsidentschaft setzt neue Akzente bei der Kohäsionspolitik	5
4.	<u>FÖRDERPROGRAMME UND AUSSCHREIBUNGEN</u>	
4.1	Einreichung für IKT-Projektvorschläge	6
4.2	INTERREG IV – aktuelle Förderungen	6
4.3	MEDIA 2007 – neue Calls eröffnet	6
4.4	COST – offener Aufruf zur Einreichung von Vorschlägen	7
5.	<u>UIA, ACE UND INTERNATIONALES</u>	
5.1	<i>UIA-Politik, Wettbewerbe</i>	7
6.	<u>Kurz notiert</u>	8
7.	<u>English Summary</u>	10



1.1 Berufsanerkennungsrichtlinie – Konferenz der Kommission zur Evaluierung und Erfahrungsberichten zuständiger Behörden

Nachdem das Europäische Parlament bereits 2009 mit der wenig aussagekräftigen sogenannten Ramboll-Studie den Prozess der Evaluierung der Berufsanerkennungsrichtlinie (BARL) eingeleitet und dazu im Oktober 2009 durch den Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (IMCO) eine Anhörung durchgeführt hatte, übernimmt nun die Europäische Kommission erste Schritte zur aktiven Evaluierung der Richtlinie.

Die für den 17. März 2010 geplante Konferenz ist auf die Beteiligung aller von der BARL betroffenen Berufsgruppen ausgelegt. Die GD MARKT will dabei die aus Sicht der Kommission für die Evaluierung der Richtlinie relevanten Fragen vorstellen und gleichzeitig die für diese Auswertung gewählte Methodik erläutern. Vorbereitend zu dieser Konferenz hat die Kommission auch einen vorläufigen Fragebogen versandt, mit dem Einzelheiten bei der Handhabung der Migrationsfälle durch die Kammern als zuständige Behörden abgefragt werden. Diese Informationen sollen von den zuständigen Behörden als Erfahrungsberichte verfasst und nach aktuellem Stand bis September 2010 der Kommission zur Verfügung gestellt werden. Unterschieden wird dabei zwischen der vorübergehenden Erbringung von Dienstleistungen durch Architekten in einem anderen Mitgliedstaat und der dauerhaften Niederlassung in einem solchen. Konkret gefragt wird nach der Anzahl der von den Kammern seit dem Jahr 2000 behandelten Migrationsfälle, der Erfahrung mit dem System der automatischen Anerkennung, der Auslegung der Niederlassungskriterien im Herkunftsland, der Bewertung der in der Richtlinie enthaltenen Ausbildungskriterien für Architekten und schließlich auch der Erfahrung mit der EU-weiten Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Behörden.

Eine solche Zusammenarbeit im Regelungsbereich der Berufsanerkennungsrichtlinie haben die Architektenkammern der EU-Mitgliedsstaaten bereits mit dem Netzwerk der für Architekten zuständigen Behörden, dem *European Network of Architects' Competent Authorities* (ENACA) in die Praxis umgesetzt. Das nächste Treffen dieses Netzwerks findet am 26. Februar 2010 in Berlin statt. Dabei wird neben aktuellen Problemen aus der Verwaltungspraxis zuständiger Behörden auch der genannte Fragebogen mit den ebenfalls anwesenden Vertretern der GD MARKT erörtert.

Das Büro Brüssel wird über die Ergebnisse der Berliner Sitzung berichten und den genannten Fragebogen nach der endgültigen Freigabe durch die EU-Kommission umgehend zur Verfügung stellen. ([JJ](#))

1.2 Neuer Bericht des Europaparlaments zur Bekämpfung des Zahlungsverzugs im Geschäftsverkehr

Bereits 2009 hatte die EU-Kommission eine Richtlinie vorgeschlagen (KOM(2009)126), mit der die aktuell durch die Richtlinie 2000/35/EG vorgesehenen Regelungen über den Zahlungsverzug im Geschäftsverkehr verschärft werden sollen. Dieser Vorschlag steht im Kontext des Small Business Acts (SBA) und zielt auf die Verbesserung der Zahlungsmoral öffentlicher Auftraggeber. Mittelbar erhofft man sich dadurch auch eine Verbesserung der Liquiditätsquote von KMU sowie eine effizientere Sicherung dieser Unternehmen gegen drohende Konkursrisiken.

Im Einzelnen regelt der Richtlinienvorschlag folgende Ansprüche, deren Geltendmachung allerdings nicht zwingend ist, sondern dem anspruchsberechtigten Gläubiger überlassen wird:

- Anspruch auf Ersatz der Beitreibungskosten bei Zahlungsverzug, Staffelung des Kostenersatzes je nach Höhe der Hauptforderung
- Anspruch auf „angemessenen“ Ersatz „aller übrigen Beitreibungskosten“
- Zahlungsfristen für öffentliche Auftraggeber auf 30 Tage vereinheitlicht
- Bei notwendiger Abnahme oder Überprüfung der Leistung durch den Auftraggeber eine zusätzliche Prüffrist von max. 30 Tagen
- Pauschale Entschädigung i.H.v. 5 % des Rechnungsbetrags, zu zahlen ab dem ersten Tag des Zahlungsverzugs
- Wahrnehmung dieser Ansprüche ist für Unternehmer als Gläubiger optional
- Verpflichtung für MS, Erwirkung eines vollstreckbaren Titels innerhalb von 90 Tagen ab Geltendmachung einer unbestrittenen Forderung zu ermöglichen

Nach dem nun am 4. Februar 2010 veröffentlichten Bericht des Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (IMCO) des Europäischen Parlaments - Berichterstatterin ist die deutsche Abgeordnete Barbara Weiler – soll der Anwendungsbereich der Richtlinie nicht nur auf die öffentliche Hand als Auftraggeber beschränkt bleiben, sondern darüber hinaus auch sektorale Unternehmen (entsprechend der Richtlinien 2004/17/EG und 2004/18/EG) erfassen, mithin also auch öffentliche und sektorale Unternehmen, die typischerweise die Versorgung mit Strom, Gas, Wärme, Wasser oder Postdienstleistungen besorgen. Erörtert wird in der aktuellen Diskussion auch die Einbeziehung privater Krankenhäuser, private Auftraggeber dagegen werden nicht in den Anwendungsbereich der vorgeschlagenen Richtlinie fallen. Änderungsanträge können über die Berichterstatterin eingebracht werden, das Europäische Parlament wird abschließend voraussichtlich im April 2010 in der Angelegenheit entscheiden. ([JJ](#))

Die aktuelle Fassung des Berichts des Binnenmarktausschusses finden Sie [hier...](#)

1.3 Sachverständigenanhörung des Europaparlaments zur aktuellen Entwicklung des Vergaberechts

Am 26. Januar 2010 hat der Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (IMCO) des Europäischen Parlaments unter maßgeblicher Beteiligung der deutschen Abgeordneten Heide Rühle als Berichterstatterin eine Sachverständigenanhörung zu der aktuellen Entwicklung des Vergaberechts durchgeführt. Ziel dieses Vorgehens ist die Erstellung eines Berichts, mit dem eine Bestandsaufnahme der momentanen Situation im Bereich des Vergaberechts geleistet werden soll.

Im Ergebnis hat die Mehrzahl der Sachverständigen die Beibehaltung der geltenden Richtlinien 2004/17/EG und 2004/18/EG grundsätzlich befürwortet, darüber hinaus aber weitere klarstellende Mitteilungen der Kommission zur Anwendung dieser Richtlinien gefordert. Die EU-Kommission ihrerseits hat bei der Anhörung deutlich gemacht, dass sie grüne und soziale Kriterien bei der Vergabe als sehr wichtig ansieht und 2010 einen Leitfaden herauszugeben beabsichtigt, der einen Gesamtüberblick für die Beteiligten bieten soll. Bemerkenswert ist auch, dass nach Ankündigung des neuen Binnenmarktkommissars Barnier zukünftig die Anwendungsregeln im Bereich Vergaberecht zentral von der GD MARKT allein erstellt werden sollen, während andere Generaldirektionen - etwa Umwelt oder Beschäftigung – in diesem Bereich nur noch ergänzend tätig sein werden. ([JJ](#))

1.4 Antidiskriminierungsregeln und Zugang zu Wohnraum

Mit dem im Zuge der Überarbeitung der Antidiskriminierungsregeln bereits 2008 veröffentlichten Vorschlag einer Gleichbehandlungsrichtlinie (2008/426/EG) zielte die EU-Kommission auch auf die Verbesserung des Zugangs zu Wohnraum für Menschen mit Behinderung. Unter der Ägide der Schwedischen Ratspräsidentschaft wurde dann bereits Ende 2009 der überraschend weitgehende Vorschlag gemacht, diese Regeln auch für Mietverträge unter Privaten anzuwenden – was in der Konsequenz eine Verpflichtung der Vermieter bedeutet hätte, ihre am Markt angebotenen Wohnungen behindertengerecht umzubauen.

In seiner Sitzung vom 13. Januar 2010 hat der Rat nun diesen sehr weit gehenden Vorschlag kassiert und die Anwendung dieser Regeln grundsätzlich auf gewerbliche Vermietungen von Wohnraum – etwa durch Wohnungsbaugesellschaften – beschränkt. Weiteren Abstimmungsbedarf sehen die Vertreter der Mitgliedsstaaten auch bei der konkreten Ausgestaltung der Zumutbarkeit solcher Umbauten sowie bei den Klagemöglichkeiten der Verbände und der Regelung der Beweislast im Klagefall.

Das Büro Brüssel wird die legislative Entwicklung weiter verfolgen und entsprechend berichten. Nach einer erwarteten Einigung im Rat können im weiteren Gesetzgebungsverfahren dann im Europäischen Parlament noch Änderungsanträge eingebracht werden.

[\(JJ\)](#)

Den Text des Richtlinienvorschlags der Kommission finden Sie [hier...](#), sowie den aktuellen englischen Text des Kompromisses [hier...](#)

2. ENERGIE, KLIMA UND UMWELT

2.1 EU hält an vereinbarten Emissionsreduktionszielen fest

Die Europäische Union hat am 28. Januar 2010 nochmals ihr Engagement für die Kopenhagener Klimavereinbarung offiziell bestätigt und ihre Emissionsreduktionsziele gegenüber den Vereinten Nationen notifiziert. In einem gemeinsamen Schreiben des spanischen Ratsvorsitzes und der Europäischen Kommission wurde bekannt gegeben, dass die EU bereit ist, ihren Verpflichtungen aus der Vereinbarung nachzukommen, und benannte informationshalber die für die EU verbindlichen Reduktionsziele für Treibhausgase bis 2020. Die EU wird demnach ihre Gesamtemissionen einseitig auf 20 % unter dem Wert von 1990 reduzieren und stellt eine noch stärkere Reduzierung um 30 % in Aussicht, sofern andere Großemittenten – wie beispielsweise die USA oder China – zustimmen, ihren energie- und klimapolitischen Beitrag zu leisten. Diese ambitionierte Herangehensweise wurde bereits bei dem Energie- und Klimapaket „20 und 20 bis 2020“ von den Staats- und Regierungschefs Ende 2008 bestätigt (Wir berichteten im BaB 6/2008).

In dem vorliegenden Schreiben der Kommission und des Ratsvorsitzes bekräftigt die EU erneut ihre Verhandlungsbereitschaft, um das strategische Ziel der Begrenzung der Erderwärmung auf 2°C über dem vorindustriellen Wert von 1990 zu erreichen. Die Vereinbarung stützt sich auf den wissenschaftlichen Standpunkt, wonach die Erderwärmung 2°C nicht überschreiten darf, wenn gefährliche Klimaveränderungen vermieden werden sollen, sieht jedoch keine verbindlichen Emissionsreduktionsziele zur Einhaltung dieses Grenzwertes vor. Die EU bekräftigt damit ihren Standpunkt, dass das 2°C-Ziel nur garantiert werden kann, wenn die globalen Emissionen bis spätestens 2020 ihren Höhepunkt erreichen, bis 2050 auf mindestens 50 % unterhalb des Stands von 1990 reduziert werden und danach weiter zurückgehen. Um dies zu erreichen, sollte insbesondere die Gruppe der

Industrienationen (G8), auch in Einklang mit den oben genannten Ergebnissen des Weltklimarates, ihre Emissionen bis 2020 um 25-40% auf Werte unterhalb des oben genannten Stands reduzieren. Die Entwicklungsländer sollten im Gegenzug eine spürbare Verringerung ihres derzeit prognostizierten Emissionswachstums (15-30% bis 2020) erzielen.

Die Kopenhagener Vereinbarung war das wichtigste Ergebnis der UN-Klimakonferenz vom 7.-19. Dezember 2009 in der dänischen Hauptstadt. Das Dokument wurde am letzten Konferenztag von den Staats- und Regierungschefs aus 28 Industrie- und Entwicklungsländern und der Europäischen Kommission ausgehandelt. Derzeit haben sich zu der Vereinbarung insgesamt 55 Staaten bekannt. Damit soll ebenfalls die Entschlossenheit der EU hervorgehoben werden, innerhalb des UN-Rahmens so bald wie möglich ein rechtsverbindliches internationales Übereinkommen für die Zeit nach dem Auslaufen des Kyoto-Protokolls zu vereinbaren. Die nächste zweiwöchige UN-Verhandlungsrunde im Hinblick auf die Folge-Klimakonferenz, welche vom 29.11. bis 10.12.2010 in Cancún/Mexiko abgehalten wird, findet im Mai/Juni statt. (TH)

Weitere Informationen betreffend des Engagements der EU zum Klimawandel können Sie [hier](#) und [hier](#) abrufen.

3. STADT- UND REGIONALPLANUNG

3.1 Spanische Ratspräsidentschaft setzt neue Akzente bei der Kohäsionspolitik

In dem Arbeitsprogramm für die nächsten sechs Monate hat Spanien die politische Debatte über die weitere Ausgestaltung der EU-Kohäsionspolitik als eine seiner ersten Prioritäten gesetzt. Insbesondere Strategien zu einem nachhaltigen städtischen Verkehr, die strukturelle und finanzielle Förderung von peripheren Regionen und Inselregionen sowie eine effizientere Mittelverteilung wurden dabei hervorgehoben. Bereits am 12. Februar 2010 haben sich die Städtebau- und Verkehrsminister der EU-Mitgliedsstaaten im spanischen La Coruna zu einem Austausch zu den oben genannten Prioritäten getroffen. Weitere Termine im Kontext der Finanzplanung und der Integrierung des territorialen Zusammenhalts in der Kohäsionspolitik sind u. a. das informelle Treffen der für die Kohäsionspolitik zuständigen Minister am 16. und 17. März 2010 in Malaga.

Im Hinblick auf die spanische Prioritätensetzung organisierte die Europäische Kommission Anfang Februar in Brüssel eine hochrangige Konferenz anlässlich der 20-jährigen Unterstützung der Gemeinschaft für die Entwicklung der Städte. Diese Konferenz nahm man auch zum Anlass, um Bilanz über die bisherigen Erfahrungen zu ziehen, die seit den ersten Pilotprojekten der Initiative URBAN erworben wurden. Seit 1989 wird die städtische Entwicklung durch die Europäische Union gefördert. Dies geschah zu Anfang durch städtische Innovationsprojekte. Im Zeitraum von 1994 bis 1999 sind durch das Rahmenprogramm URBAN I rund 90 Mio. € in insgesamt 118 Stadtentwicklungsprojekte geflossen, im Folgezeitraum bis 2006 hat die Europäische Union diese Ausgaben auf 1,6 Mrd. € im Rahmenprogramm URBAN II aufgestockt. Seither ist die Förderung der Stadtentwicklung integraler Teil des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und wird im Zeitraum von 2007 bis 2013 mit Fördermitteln in Höhe von ca. 30 Mrd. € unterstützt. Hervorgehoben wurde weiter, dass eine gezielte Förderung der nachhaltigen Stadtentwicklung ebenfalls ein Eckpfeiler der zukünftigen Kohäsionspolitik bleiben müsse.

Die Generaldirektion Regionalpolitik hat darüber hinaus Anfang Januar 2010 das „Dritte Arbeitspapier“ über regionale Forschung und Indikatoren herausgegeben. Dieses Arbeitspapier beschäftigt sich mit der Zukunft der Kohäsionspolitik in wohlhabenden Regionen und prüft die Argumente im Zusammenhang mit der Frage, ob es auch in der neuen Förderperiode ein Förderziel »Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung« (Ziel 2) geben wird. Im weiteren Fokus des dritten Arbeitspapiers steht die Fragestellung, ob die

Kohäsionspolitik in erster Linie als Instrument zur Mittelverteilung verstanden wird oder eher als eine Politik zur Förderung des wirtschaftlichen Wandels und Entwicklung. Ziel des Dokuments soll es sein, die Argumente beider Seiten präzise darzulegen und Möglichkeiten vorzuschlagen, die Wege für eine zukünftige Ausgestaltung aufzuzeigen. Die Europäische Kommission wird in diesem Zusammenhang Anfang März einen »Leitfaden der städtischen Dimension im Rahmen der EU-Politiken« und voraussichtlich Ende des Jahres den Bericht »Städte 2020« veröffentlichen. ([TH](#))

Den genauen Wortlaut des Dritten Arbeitspapiers der GD Regio finden Sie [hier...](#)

4. FÖRDERPROGRAMME UND AUSSCHREIBUNGEN

4.1 Aufruf zur Einreichung von Projektvorschlägen des IKT-Programms

Seit dem 21. Januar 2010 ist der vierte Aufruf zur Einreichung von Projektvorschlägen für das IKT-Programm geöffnet. Das Programm zur Unterstützung der europäischen Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) als Teil des Rahmenprogramms für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation hat sich zum Ziel gesetzt, neben spezifischen Themenfeldern wie beispielsweise „Energieeffizienz“ und „intelligente Mobilität“ auch thematische Netzwerke, bestehend aus Partnern aus sieben verschiedenen EU-Mitgliedsstaaten, zu fördern. Das Gesamtmittelbudget beträgt rund 112 Mill. €. Der Aufruf zur Einreichung von Projekten ist noch bis zum 1. Juni 2010 geöffnet. ([TH](#))

Weitere Informationen können Sie [hier](#) abrufen.

4.2 INTERREG IV – aktuelle Förderungen

Das Programm INTERREG fördert die Zusammenarbeit zwischen den Städten, Regionen und Mitgliedstaaten der Europäischen Union sowie Netzwerken und Unternehmen und ist Teil des Ziels 3 "Europäische territoriale Zusammenarbeit". Wie schon in der vorausgegangenen INTERREG III-Periode (2000 – 2006) geschieht dies bei INTERREG IV auf Grundlage von drei Ausrichtungen:

- Grenzübergreifende Zusammenarbeit
- Transnationale Zusammenarbeit
- Interregionale Zusammenarbeit

Die Förderung von Projekten erfolgt im Rahmen des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE). Antragsberechtigt sind Konsortien bestehend aus nationalen, regionalen und kommunalen Körperschaften, Universitäten sowie Nichtregierungsorganisationen in den transnationalen Kooperationsräumen. ([TH](#))

Aktuelle Aufrufe zur Einreichung für Ihre Region finden Sie [hier](#).

4.3 MEDIA 2007 – Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen

Seit dem 6. Februar 2010 ist im Zuge des Förderprogramms MEDIA 2007 ein Aufruf zur Einreichung von Vorschlägen geöffnet. Eines der Ziele des Programms ist die Förderung des Austauschs und der Zusammenarbeit durch die Vernetzung von europäischen Fortbildungsakteuren – insbesondere Hochschulen, Aus- und Fortbildungseinrichtungen und Partnern – im audiovisuellen Sektor und die Förderung der Mobilität von Studierenden und Ausbildern in Europa. Der Aufruf richtet sich in erster Linie an europaweite Konsortien

von Hochschulen, Aus- und Fortbildungseinrichtungen und Netzwerkpartnern. Es werden Mittel in Höhe von insgesamt 2 Mill. € zur Verfügung gestellt. Abgabetermin für die Einreichung der Anträge ist der 30. April 2010. (TH)

Weitere Informationen finden Sie [hier...](#)

4.4 COST – offener Aufruf zur Einreichung von Vorschlägen

Das COST-Programm als Teilprogramm des 7. Forschungsrahmenprogramms führt Forscher und Experten aus verschiedenen Ländern zusammen, die in speziellen thematischen Bereichen wie z. B. „Energieeffizienz“ oder „erneuerbare Energiequellen“ tätig sind. COST finanziert jedoch nicht die Forschungsmaßnahmen selbst, sondern unterstützt Vernetzungsangebote wie Tagungen, Konferenzen, Öffentlichkeitsarbeit und Kurzaufenthalte von Fachexperten. Derzeit werden über 200 wissenschaftliche Netze (sogenannte Aktionen) unterstützt. Der aktuelle Aufruf richtet sich an Vorschläge für Aktionen, insbesondere an Akteure im Bereich der Kultur- und Kreativwirtschaft, die zur wissenschaftlichen, technologischen, wirtschaftlichen, kulturellen oder gesellschaftlichen Entwicklung Europas beitragen wollen. Die Aufforderung zur Einreichung der ausführlichen Vorschläge erfolgt bis 14. Mai 2010; diese müssen spätestens am 30. Juli 2010 vorgelegt werden; mit einer Entscheidung ist im Dezember 2010 zu rechnen. (TH)

Weitere Informationen finden Sie [hier...](#)

5. UIA, ACE UND INTERNATIONALES

5.1 International Union of Architects (UIA): Politik, Arbeitsgremien, Wettbewerbe und Veranstaltungen

- **UIA ruft zur Hilfe für Haiti auf**

Während seiner Ratssitzung im australischen Sydney hat sich der UIA-Vorstand darauf verständigt, schnelle und unkomplizierte Maßnahmen zum Wiederaufbau der, durch ein starkes Erdbeben am 12. Januar 2010 zerstörten, Hauptstadt Port-au-Prince einzuleiten. Allen voran wurde mit der Emergency Architects Foundation eine enge Zusammenarbeit vereinbart. Aufgerufen wurden weiter weltweit über alle Mitgliedsorganisationen der UIA Architektinnen und Architekten, welche sich durch ihr technisches, gestalterisches und persönliches Engagement am Wiederaufbau Haitis beteiligen möchten. Im Fokus steht dabei die Wiederherstellung einer funktionsfähigen Infrastruktur. Die BAK hat aufgrund dessen auf ihrer Webseite einen Aufruf zur Wiederaufbauhilfe gestartet. Des Weiteren wird dazu aufgerufen, Stadtviertel neu zu entwickeln, Wohn- und Gewerbeflächen zu schaffen sowie staatliche und wirtschaftliche Strukturen wieder funktionsfähig zu machen. Zusätzlich werden Erholungs- und Freizeitareale benötigt und nicht zuletzt muss auch der wichtige wirtschaftliche Faktor Tourismus bei der zukünftigen Planung berücksichtigt werden. (TH)

Weitere Informationen finden Sie [hier](#) auf der Webseite der BAK sowie [hier](#) auf der UIA-Webseite.

5.1.1 UIA und andere Wettbewerbe

- **Internationaler Designwettbewerb für Studenten der IFLA**

Der Weltdachverband der Landschaftsarchitekten IFLA organisiert einen studentischen Wettbewerb im Hinblick auf seinen nächsten Weltkongress, welcher vom 25. bis 31. Mai 2010 in Suzhou/China, stattfinden wird. Die einzureichenden Projekte müssen durch nachhaltige Nutzung von Energie, Materialien und lokalen Ressourcen einen Bezug zum städtebaulichen und kulturellen Welterbe aufweisen. Die Frist zur Einreichung der Entwürfe endet am 31. März 2010. ([TH](#))

Weitere Informationen und eine detailliertere Darstellung des Wettbewerbs finden Sie [hier...](#)

- **Südafrikanischer Nachhaltigkeitswettbewerb**

Das südafrikanische Architekturinstitut (SAIA) hat Anfang Februar 2010 einen Preis für nachhaltiges Design in der Architektur ausgelobt. Bedingung ist, dass die Wettbewerbe den Jahren 2000 bis 2008 vollendet und realisiert wurden. Unter Vorsitz des Präsidenten von SAIA, Al Stratford wird eine Fachjury den Gewinner bei ihrer Generalversammlung im September dieses Jahres bekanntgeben. ([TH](#))

Weitere Informationen und die Wettbewerbsbestimmungen finden Sie [hier...](#)

- **Wettbewerb „adream“**

Wie bereits im BaB 6/2009 berichtet, haben der Freistaat Thüringen und die Region Picardie anlässlich des 15. Jubiläums ihrer Partnerschaft beschlossen, einen Architekturwettbewerb europaweit auszuloben. Studierende und Berufstätige sind hiermit nochmals eingeladen, kreative und innovative Entwürfe mit ökologischen und nachwachsenden Materialien aus den Bereichen Design und Architektur einzureichen. Die Teilnahme ist kostenlos. Die Frist zur Einreichung endet am 18. April 2010. ([TH](#))

Weitere Informationen und die Wettbewerbsbestimmungen finden Sie [hier...](#)

6. KURZ NOTIERT

- **Bau- und Energiemesse BUD-GRYF**

Vom 12. bis 14. März 2010 findet in den Ausstellungshallen der Internationalen Messe Stettin die 19. Internationale Baumesse „BUD-GRYF“ statt. Erwartet werden über 200 Aussteller, darunter u. a. Hersteller von Baustoffen, Isolationsmaterialien, Baumaschinen, Wohnungsausstattung, aber auch Bauträger und Grundstücksentwickler, Architekten, Bauherren und Händler. Zeitgleich zur „BUD-GRYF“ wird ebenfalls die Messe der konventionellen und erneuerbaren Energie „ENERGIA“ in denselben Messehallen ausgetragen. ([TH](#))

Anmeldung und weitere Informationen finden Sie [hier...](#)

- **World Sustainable Energy Days 2010**

Im Rahmen der World Sustainable Energy Days, welche am 4. und 5. März 2010 im österreichischen Wels stattfinden, wird die Konferenz "Gebäude-Modernisierung" Sanierungs- und Energieprogramme der öffentlichen Hand präsentieren. Der Schwer-

punkt liegt dabei auf innovativen Beispielen für die energieeffiziente, wirtschaftliche und nachhaltige Modernisierung von Wohn-, Betriebs- und öffentlichen Gebäuden sowie im Bereich des sozialen Wohnbaus. ([TH](#))

Anmeldung und weitere Informationen finden Sie [hier...](#)

- **EU-Konsultation zur Donaustrategie angelaufen**

Die Europäische Kommission hat am 2. Februar 2010 im Zuge der offiziellen Auftaktveranstaltung in Ulm eine Reihe von Konsultationen für eine Strategie des Donauraums gestartet. Der neugewählte Europäische Kommissar für Regionalpolitik, Pawel Samecki, hob hervor, innerhalb seiner Amtszeit die wirtschaftliche und soziale Lage in der Region zu verbessern und die Infrastruktur, insbesondere durch die verstärkte Einbeziehung der Wasserwege, effizienter miteinander zu vernetzen. Die Ergebnisse der Konsultationen zur künftigen Donaustrategie sollen in den für Dezember 2010 geplanten Aktionsplan der Europäischen Kommission einfließen, der von den Mitgliedsstaaten 2011 angenommen werden soll. ([TH](#))

Weitere Informationen finden Sie [hier...](#)

- **JESSICA-Konferenz zur nachhaltigen Stadtentwicklung**

Die Generaldirektion Regionalpolitik wird am 12. März 2010 in Brüssel das dritte Treffen der JESSICA-Plattform abhalten, welche über aktuelle und zukünftige Aktivitäten dieser Initiative zur Förderung von nachhaltigen Investitionen und Wachstum in städtischen Gebieten informieren wird. JESSICA ist die Abkürzung für Joint European Support for Sustainable Investment in City Areas und hat vorrangig die Aufgabe, integrierte Stadtentwicklung durch innovative Finanzierungsinstrumente in Zusammenarbeit mit der Europäischen Investitionsbank (EIB) zu fördern. Ein intensiver Austausch von städtebaulichen Lösungsansätzen und die Netzwerkbildung der verschiedenen Teilnehmer wird ebenfalls ein wichtiges Element dieses Treffens sein. ([TH](#))

Anmeldung und weitere Informationen finden Sie [hier...](#)

- **Sustainable Energy Week 2010**

Seit Ende Januar ist die Anmeldung für die vierte EUSEW, der Europäischen Woche für nachhaltige Energie 2010, möglich. Die Veranstaltung richtet sich an alle Interessierten im Bereich Energie- und Ressourceneffizienz. Die Energiewoche wird von der Generaldirektion Energie der EU-Kommission organisiert und von weiteren europäischen Institutionen und Interessensgruppen unterstützt. Die EUSEW findet vom 22. bis 26. März 2010 in Brüssel und zahlreichen anderen Städten statt. ([TH](#))

Anmeldung und weitere Informationen finden Sie [hier...](#)

- **Konferenz zu erschwinglichen und nachhaltigen Gebäuden in Portugal**

Vom 17. bis 19. März 2010 wird im portugiesischen Vilamoura eine internationale Konferenz mit dem Titel „Sustainable Building affordable to all“ stattfinden. Durchgeführt wird diese dreitägige Veranstaltung u. a. vom Umweltprogramm der Vereinten Nationen und vom International Council for Buildings. Die Fachteilnehmer werden sich durch Diskussionen, Vorträge und „Best practice“-Beispiele zu finanziell tragbaren Ansätzen im Bereich des nachhaltigen Bauens austauschen. ([TH](#))

Weitere Informationen finden Sie [hier...](#)

- **Konferenz „Dunkerque 2010“**

Der Stadtrat von Dunkerque und das Netzwerk für nachhaltige Städte und Gemeinden in Europa (ESCT) laden zur Konferenz „Zukunftsbeständiger Städte und Gemeinden in Europa“ ein, die vom 19. bis 21. Mai 2010 in Dunkerque/Frankreich stattfinden wird. Die Konferenz geht der Frage nach, inwiefern lokale Nachhaltigkeitsstrategien eine Antwort auf die aktuellen wirtschaftlichen, sozialen und klimabezogenen Herausforderungen sein kann und wie sie auf europäischer Ebene im derzeitigen finanziellen und politischen Rahmen zukünftig durchgeführt werden können. ([TH](#))

Anmeldung und weitere Informationen finden Sie [hier...](#)

7. EXECUTIVE SUMMARY (ENGLISH)

1. Common Market and Legal Issues

1.1 PQD – conference DG MARKT and reports by Competent Authorities

European Commission, DG MARKT has scheduled a conference on March 17 to start the evaluation process of the PQD. As part of the named process, Competent Authorities will be asked to submit information about their experience with the PQD in practice by September 2010.

1.2 New report by European Parliament on Late Payments

On February 4 the IMCO published the latest report on amendments for the draft Late Payments Directive currently discussed. Due to this report, sectoral enterprises providing electricity, water, gas etc. will also be subject of treatment under the draft Directive.

1.3 Expert Hearing in Parliament on public procurement

All experts heard at the hearing on January 26 are in favor of maintaining the Procurement Directives 2004/17/EC und 2004/18/EC, but are also asking for further clarifications by Commission, especially referring to green and social criteria. Commission promised to evaluate current situation and publish a comprehensive report in 2010.

1.4 Antidiscrimination and access to housing

After discussing a wide application to private housing late 2009, the Council agreed to restrain this application to professional and commercial activities giving access to housing.

2. Energy and Environment

2.1 Fifty-five countries, of which 27 are the Member States of the EU have pledged, before the deadline of January 31 2010, varying goals for climate change under the deadline set in the Copenhagen accord. Furthermore, an official letter published by the Spanish presidency and the Commission states that the EU is committed to an independent economy-wide emission's reduction target of 20% by 2020, compared with 1990 levels, and that this cut could be increased to 30% under the conditions agreed by the European Council. The next round of UN negotiations will take place for two weeks in May-June.

3. Urbanism and Regional planning

3.1 Removing cohesion policy from the EU's list of top priorities would be a mistake, though changes may be required to prevent it from being a mere redistributive tool, Spanish EU Presidency representatives and regional experts meeting in Spain declared. Therefore, the topic cohesion policy remains on a high level stressed out by the working programme

of the Spanish presidency. During several meetings which took place in Brussels and La Corunha/Spain many European stakeholders discussed intensively how a future policy should be reformed to be more effective and cost-efficient.

4. Support Programs and Call for tenders

- 4.1 The ICT Policy Support Programme (or ICT PSP) aims at stimulating innovation and competitiveness through the wider uptake and best use of ICT by citizens, governments and businesses. The 4th call for Proposals (based on WP2010) is now open. The 2010 Work Programme has been formally approved; the 4th call is open as of 21 January until 1 June 2010.
- 4.2 Following the enlargement of the European Union towards the east, Europe's economic, social and territorial cohesion has gained fresh importance. The EU addresses this challenge with the European Regional Development Fund (ERDF). Under the objective "European Territorial Cooperation" (INTERREG IV), the EU promotes
- Cross-border cooperation by joint local and regional initiatives
 - Transnational cooperation
 - Interregional cooperation and the exchange of experience
- The latest calls can be found on the regularly update INTERREG web site; i.e. transnational cooperations.
- 4.3 Call for proposals for MEDIA 2007 programme now opened by the European Commission. One of the objectives of the programme is to encourage exchanges and cooperation, in supporting the networking of European training players, in particular higher education institutions, training organisations and partners of the audiovisual sector and to encourage the mobility of students and trainers in Europe.
- 4.4 COST call opened on January 27 2010. COST brings together researchers and experts in different countries working on specific topics. COST does NOT fund research itself, but supports networking activities such as meetings, conferences, short term scientific exchanges and outreach activities. Full proposals will be invited by 14 May 2010 for submission by 30 July 2010, with decisions expected in December 2010. The next collection date is envisaged for 24 September 2010.

5. UIA / ACE / International Affairs

- 5.1 During its meeting in Sydney, Australia on January 17 and 18 2010, the UIA Council expressed its heartfelt emotion following the earthquake that hit Haiti on the January 12. Stressing the importance of prevention measures and particularly the specific construction methods that must be mastered by architects, the UIA Council invited the architects of the world and its member sections to contact humanitarian organisations and make calls for aid public. UIA itself has emerged a close cooperation with the Emergency Architects Foundation.

Stand: 26.02.2010

Redaktion / Verantwortlich:

RA Dr. Joachim Jobi (JJ)

Thomas Michael Haas (TH)